

Der Martin Report

Eine Vorlage beim US-Kongreß zur politischen Einschätzung des Problems der vietnamesischen Agent Orange-Opfer setzt neue Akzente.

Michael F. Martin

Dieser offizielle Kongreßbericht zum Thema „Vietnamesische Opfer von Agent Orange und die Beziehungen USA-Vietnam“ ist bei seinem Erscheinen 2009 in der öffentlichen Diskussion wenig beachtet worden. Erst im Lauf der Zeit wurde deutlich, daß er im Grunde eine Wende in der US-amerikanischen Diskussion über dieses Thema andeutet. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Text mit verbindenden Zusammenfassungen (Red.)

Der Report wurde im Auftrag des *Congressional Research Service* „für die Mitglieder und Ausschüsse des Kongresses“ erstellt und am 28. Mai 2009 veröffentlicht. Er beleuchtet das Problem der vietnamesischen Opfer im Lichte der Entwicklung der Beziehungen zwischen Vietnam und den USA seit 1975 bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung. Seit 2010 hat er anscheinend wachsende Beachtung gefunden und ist deshalb eher noch aktueller geworden. Der eigentliche Grund für sein Erscheinen ist für den Autor die Tatsache, daß in der vietnamesischen Bevölkerung die Sorge um das Schicksal der Agent Orange-Opfer – entgegen den Erwartungen, das Problem würde mit der Zeit von selbst in den Hintergrund treten – in der letzten Dekade

des 20. Jahrhunderts eher zugenommen hat, und daß diese Frage, nachdem die wichtigsten Probleme der Etablierung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern so gut wie gelöst erscheinen, zunehmend in den Mittelpunkt des bilateralen Dialogs gerückt ist.

Der Report geht sehr systematisch vor in seiner Darstellung und setzt wohl voraus, daß die Mitglieder des Kongresses nur über wenige und eher pauschale Kenntnisse zu diesem Problem verfügen. Seine hauptsächliche Neuerung besteht darin, daß er die bislang übliche Argumentation der Regierung und auch der beteiligten Konzerne relativiert: daß nämlich keinerlei ursächlicher Zusammenhang bestehe zwischen den Herbizid-

Aktionen und den akuten und vererbten Krankheiten in der vietnamesischen Bevölkerung. Er versucht gar nicht erst, diese Argumentation, die bislang zur Ablehnung jeglicher Verantwortung und Verpflichtung zur Hilfe führte (zuletzt bei der Klage der Opfer gegen Monsanto und andere Produzenten des Giftgemischs), zu bestätigen oder zu widerle-

gen. Er umgeht damit das Dilemma, daß es nur statistische Beweise, jedoch keine unwiderlegbaren wissenschaftlichen Nachweise über diesen Zusammenhang gibt und hebt dadurch, bei aller gewahrten Sachlichkeit, die Debatte auf eine höhere, moralische Ebene.

Im ersten Kapitel wird die aktuelle Situation wie folgt charakterisiert:

In den letzten zehn Jahren hat es eine zunehmende Beachtung der immer noch ungelösten Frage der Umweltschäden und Krankheiten in der Bevölkerung Vietnams gegeben, die mit Agent Orange in Verbindung gebracht werden. Einige Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Vietnam haben versucht, Entschädigungen oder Hilfe von der US-Regierung oder den Herstellern von Agent Orange zu erhalten. Zum Teil in Reaktion auf diese verbreitete Tendenz hat die vietnamesische Regierung dieses Thema in den verschiedenen bilateralen Foren mit Vertretern der USA zur Sprache gebracht, zum ersten Mal beim Gipfeltreffen zwischen Präsident Bush und Premierminister Nguyen Tan Dung im Juni 2008.

Nicht alle vietnamesischen Ministerien und Behörden unterstützen diese neue Initiative zur Erlangung einer größeren Unterstützung in der Frage der Folgen von Agent Orange/Dioxin. Vor allem das Verteidigungsministerium und verschiedene Veteranengruppen zählen zu denen, die eine vermehrte Hilfe für die Opfer aus den USA für wichtiger halten. Auch die Ministerien für Gesundheit, Arbeit und Soziales, Naturressourcen und Umwelt zählen dazu. Das Landwirtschaftsministerium indessen macht sich Sorgen, daß die größere Aufmerksamkeit, die auf das weit verbreitete Vorkommen von Dioxin in Vietnams Umwelt gerichtet würde, dazu führen könnte, daß andere Länder den Import von vietnamesischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen verbieten oder einschränken könnten, so etwa wasserwirtschaftliche Produkte¹, Fleisch und Geflügel sowie verarbeitete Lebensmittel. Einige Vertreter im vietnamesischen Außenministerium befürchten auch, daß ein größerer Druck auf die USA in der Agent Orange/Dioxin-Frage andere wichtigen bilaterale Verhandlungen beeinträchtigen könnten, so etwa in Fragen des Handels.

Die zuletzt genannten Vorbehalte sind seit 2009 eher nicht bestätigt worden, aber die Probe aufs Exempel hat die vietnamesische Regierung bislang gescheut, sie hat jeden verstärkten Druck in Sachen Agent Orange immer noch vermieden, wenn auch das Schweigen an-

scheinend gebrochen worden ist.

Parallel zum wachsenden Interesse am Schicksal der Agent Orange-Opfer in Vietnam zeigte sich sogar die Bush-Administration zuletzt etwas flexibler beim gelegentlichen Anschneiden des Problems. Man war bereit, in der Frage der

¹ Fische, Meeresfrüchte

Umweltverschmutzung an den sogenannten hot spots über eine Mitwirkung US-amerikanischer Stellen zu verhandeln. Beim erwähnten Gipfeltreffen bedankte sich der vietnamesische Premierminister nicht nur für die „wachsende Entwicklungshilfe aus den USA“, sondern auch für mehr „humanitäre Unterstützung ... bei der Beseitigung von Blindgängern und Minen“, sowie die „Hilfe für behinderte Personen“, ohne die damit wohl

auch gemeinten Dioxinopfer zu erwähnen. Im Mai 2007 konkretisierten sich dann die gemachten Versprechungen, und daraus entstand die in der westlichen Presse ausgiebig kommentierte Aktion der Säuberung des Bodens um die ehemalige Militärbasis von Bien Hoa, wofür speziell eine Niederlassung der USAID-Agentur in Hanoi eingerichtet wurde. Das Geld dafür wurde dann ab 2009 zur Verfügung gestellt.

Einige Mitglieder des Kongresses stellten darüber hinaus auch fest, daß die USA eine „moralische Verpflichtung“ dem vietnamesischen Volk gegenüber hätten – unter dessen Menschen damals ja auch ehemalige Verbündete und unschuldige Zivilpersonen gewesen seien –, bei der Beseitigung von nachgewiesenen umweltschädlichen und gesundheitlichen Folgen des Einsatzes von Agent Orange während des Vietnamkriegs zu helfen. Im April sagte Senator John McCain in Bezug auf das Agent Orange/Dioxin-Problem: „Ich glaube, daß dies für große Teile der vietnamesischen Bevölkerung ein Reizthema, und vielleicht mehr noch eine bleibende Irritation ist. Ich denke, wir sollten das Problem ernst nehmen und weiter verfolgen im Sinne sowohl einer Entschädigung, als auch einer Säuberung der Gebiete, die noch immer verseucht sind“ (...)

Für die Vereinigten Staaten bildet der neuerliche Aufschwung des bilateralen Handels und der US-Investitionen in Vietnam einen starken Ansporn, die Beziehungen mit dem Ex-Feind zu verbessern. Nach Meinung vieler Unternehmer ist Vietnam einer der attraktivsten Produzenten für Importprodukte und da auch eine Alternative zu China. Und einige Fachleute meinen, daß freundschaftliche Beziehungen zu Vietnam ein strategisches Gegengewicht herstellen könnten gegenüber dem wachsenden Einfluß Chinas in Asien. Darüber hinaus könnten stärkere Anstrengungen bei der Säuberung von dioxinverseuchten Böden und/oder Hilfe bei der medizinischen Betreuung von Dioxinopfern das Ansehen der USA in Südostasien heben und Vietnams öffentliches Umweltschutzprogramm und Gesundheitssystem verbessern. Wenn die Vereinigten Staaten weiterhin die Legitimität von Vietnams Ansprüchen auf Umweltschutz und Gesundheitspflege – und damit ihre Verantwortung für die von Agent Orange/Dioxin verursachten Schäden – leugnen, gehen sie das Risiko ein, den Beziehungen mit Vietnam zu schaden und ihren Ruf als „sanfte Macht“ in Asien zu schwächen.“

Dieses letzte Argument spielt auf eine weit verbreitete Ansicht in den USA an, diese hätten angesichts des wachsenden Einflusses der VR China ihr Engagement in Südostasien sträflich vernachlässigt.

Und der neue Leitbegriff bei der Korrektur dieses „Fehlers“ ist *soft power*. Damit will man sich als sympathische Führungsmacht darstellen, deren Interessen nicht so hart und rücksichtslos wirt-

schaftlicher oder expansionistischer Natur sind – im Gegensatz zu China.

Genau dieser Aspekt ist – auch wenn er vielleicht eher Image-bezogen und nicht so sehr eine Formulierung realer politischer Absichten ist – sozusagen zum Kernpunkt der neuen Asienpolitik der USA hochstilisiert worden. Der ganze Martin-Report ist eine Reflexion dieses Gesichtspunktes und seine Konkretisierung in Vorschläge für eine praktische Politik. Deshalb wird er neuerdings immer wieder zitiert, auch wenn die Administration zum Zeitpunkt der Rede McCains wohl noch nicht bereit war, so konsequente Schlüsse zu ziehen.

Es folgt nun ein umfangreiches Kapitel, in dem die Geschichte der Beziehungen zwischen Vietnam und den USA auf eine überraschend objektive Weise dargestellt wird, ganz ohne die sonst übliche antikommunistischen Untertöne. Es werden sogar explizit die verschiedenen Versprechungen amerikanischer Präsidenten erwähnt, Vietnam nach der Beendigung des Krieges Aufbauhilfe zu leisten, und die nie eingelöst wurden (Nixon, Carter). Daran seien andere politische Probleme² schuld gewesen wie die Frage der MIAs³, der Einmarsch vietnamesi-

scher Truppen in Kambodscha zur Beseitigung des Pol Pot-Regimes, die „boat people“. Präsident Reagan war prinzipiell gegen eine Normalisierung der Beziehungen. Er war auch strikt gegen eine Entschädigung oder kostenlose medizinische Hilfe für US-GIs, die an den Folgen des Agent Orange litten.

1991, nach dem Rückzug aus Kambodscha, entwarf Präsident Bush (senior, Präsident von 1989-1993) eine sogenannte „road map“ zur Normalisierung der Beziehungen, die jedoch zunächst nur die bereits bestehende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der MIAs betraf. Vietnam erlaubte die Eröffnung eines MIA-Büros in Hanoi. Auch für die amerikanischen Agent Orange Opfer gab es eine Vereinbarung: „Ich freue mich, heute das Gesetz H.R. 556 unterzeichnen zu können, die „Agent Orange Act von 1991. Dieses Gesetz soll wissenschaftliche Untersuchungen unterstützen zur Aufklärung der kummervollen Fragen der Auswirkungen der Herbizide – darunter Agent Orange – auf die Veteranen, die diesen Stoffen ausgesetzt waren während ihres Einsatzes in Vietnam“. Von den vietnamesischen Opfern war darin keine Rede, aber es entstand jener Widerspruch, daß die US-Regierung den US-Veteranen im Lauf der Zeit mehr und mehr Unterstützung gewährte und dies gleichzeitig den vietnamesischen Opfern verweigerte. Das machte die Argumentation im letzteren Fall unglaubwürdig.

Eine Art „Taufwetter“ entstand erst unter Präsident Clinton, er hob als erster das Veto der USA gegen internationale Finanzhilfen für Vietnam auf und erklär-

2. Auch wenn es sich dabei jeweils um reale Probleme handelte, so wurden diese Argumente von vielen Beobachtern als Vorwände empfunden.

3. „Missing in Action“ Die USA verlangten lange Zeit von der vietnamesischen Regierung Aufklärung über sämtliche im Kampf vermißten US-Soldaten und die Auslieferung von deren Überresten. Obwohl das eine offensichtlich unerfüllbare Aufgabe war, hat Vietnam jahrelang entsprechende Nachforschungen angestellt, bei denen es sogar eine praktische Zusammenarbeit mit einigen US-Vietnamkriegsveteranen gab..

te im April 1994 auch das Embargo für beendet. 1996 ernannte er den ersten US-Botschafter in Vietnam und unterzeichnete das erste bilaterale Handelsabkommen 1996. Im November 2000 besuchte Clinton Vietnam und unterstützte die vietnamesische Forderung nach einer gemeinsamen Forschungsarbeit über die Folgen von Agent Orange. Ein entsprechendes Abkommen (memorandum of understanding) wurde im März 2002 unterzeichnet. Inzwischen waren die ökonomischen Beziehungen schon weiter fort-

geschritten: An Dezember 2001 erhielt Vietnam die offizielle Zusicherung, mit den USA „unter normalen Bedingungen“ Handel treiben zu dürfen, Vietnam erhielt des Status eines MFN-Landes, d.h. „vorübergehend besonders begünstigte Nation“, der jedes Jahr neu bestätigt werden mußte und bis 2006 auch wurde, bis er abgelöst wurde durch den Beitritt Vietnams zur WTO. Es begann der bilaterale Handel, der seither stets wachsende Tendenzen hat. Auch eine militärische Zusammenarbeit begann (seit 2005).

Trotz der allgemeinen Verbesserungen der bilateralen Beziehungen während der Bush-Administration, versandeten die bilateralen US-vietnamesischen Diskussionen über die Auswirkungen von Agent Orange, weil jede Seite der anderen den guten Willen absprach. In einer „vertraulichen“, wenn auch nicht geheimen Botschaft der US-Botschaft in Hanoi an das State Department vom 16. Februar 2003 teilte ein Beamter des Ministeriums mit, die vietnamesische Regierung lehne es ab, international anerkannte wissenschaftliche Methoden anzuerkennen, weil deren Ergebnisse nicht ihren Behauptungen entsprechen würden, es habe weitverbreitete Umweltschäden und ernste Gesundheitsgefährdungen gegeben. Die vietnamesische Regierung beklagte sich darüber, daß die US-Vertreter von ihrer Regierung offensichtlich die Anweisung hätten, die wissenschaftlichen Studien nicht bis zu einem Ergebnis weiterzuführen. Im Mai 2005 kündigten die USA einseitig ihre Mitwirkung an dem Forschungsprojekt.

Verschiedene Politiker betonten regelmäßig, die USA seien nicht bereit, „sogenannte“ (Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Juni 2006) vietnamesische Agent Orange-Opfer zu entschädigen.

Die Differenzen über „wissenschaftliche Methoden“ waren dieselben, die sie immer gewesen waren und sind: Die USA erkennen keinerlei statistische Argumentation an, sondern verlangten stets hieb- und stichfeste „Beweise“ für die Auswirkungen des Gifts. „Die USA erkennen keinerlei juristische⁴ Verpflichtung an, Gefahren betreffend, die Agent Orange angeblich auslösen“, so drückte

es Scot Marciel, ein Vertreter des „Büros für ostasiatische und pazifische Fragen, in einem Hearing aus⁵. Der damalige US-Botschafter in Vietnam Michael W. Marine: „Aber ehrlich, ich kann nicht sagen, ob ich je selbst ein Agent Orange-Opfer gesehen habe. Der Grund dafür ist, daß wir immer noch keine exakte wissenschaftliche Definition haben für die Gründe der Behinderungen, die in Viet-

4 Gemeint ist gerichtsverwertbare

5 Vgl. Our Forgotten Responsibility. What can we do to help victims of Agent Orange, 15. Mai 2008

nam vorkommen.“

Es war die allgemeine und grundsätzliche Politik der Bush-Administration, zwar Hilfe vielfältiger Art zuzugestehen (z.B. in der AIDS-Bekämpfung und sogar bei der Räumung von Landminen), aber jede Anspielung auf Agent Orange dabei zu vermeiden. Das Äußerste, was man zugestand, war Hilfe bei der Säube-

rung von hot spots, der Umgebung und des Bodens in ehemaligen US-Militärstützpunkten, in denen lange Jahre hindurch Agent Orange und andere Gifte gelagert wurden und wo es sehr häufig zur Ausbreitung der Chemikalien durch Leckagen gekommen war. Dafür wurden schließlich auch Gelder bewilligt.

Obwohl das State Department keine Spezifizierungen vorschrieb für die Verwendung der zunächst 2 Mio. US-\$, wurden anscheinend die meisten Mittel für technische und wissenschaftliche Aktivitäten verwendet. Vertraulichen Quellen zufolge wurden alle diese US-Mittel durch offizielle Vertreter der US-Regierung oder deren Vertragspartner ausgegeben – nichts davon ging an die vietnamesische Regierung oder vietnamesische Bürger.

Das Hauptforum für die Konsultationen mit der vietnamesischen Regierung über die Agent Orange-Frage war das JAC. Dessen erste Sitzung fand am 5. und 6. Juni in 2006 Hanoi statt. Dabei ermahnte die vietnamesische Regierung, man solle die „Zusammenarbeit beschleunigen“, vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes, der Versorgung und Behandlung der Dioxinopfer und der wissenschaftliche Forschung“. Die ersten beiden Punkte wurden von amerikanischer Seite als „außerhalb der Aufgaben“ des Komitees erachtet. Beim zweiten JAC-Treffen – das am 14. und 15. August 2007 wieder in Hanoi stattfand – erklärte der Leiter der US-Delegation, das JAC sei „kein Gremium, in dem Politik gemacht“ werde, sondern nur „ein wissenschaftlicher Beraterkreis“, der „die Konsultation wissenschaftlicher Experten zur Information für mit Agent Orange/Dioxin beschäftigte Programme in Vietnam“ ermöglichen solle. Das dritte Treffen fand am 8. bis 11. September 2008 statt. Es wurde immerhin die Schaffung von zwei „task forces“ beschlossen, und zwar eine für Umweltschäden, eine für medizinische Schäden.

Soweit bekannt, gab es seither keine Aktivitäten des JAC mehr⁶.

Der Report beschäftigt sich anschließend in einem eigenen kurzen Kapitel mit den bislang existierenden Informationen über die Wirkungen von Agent Orange in Vietnam. Dabei seien „fast alle Aspekte geprägt durch Unsicherheiten und/oder Kontroversen“. Weder die Umstände, die Häufigkeit oder die Inten-

sität der Versprühungen seien bis heute einwandfrei rekonstruierbar, noch weniger Übereinstimmung gebe es bei der Einschätzung der Langzeitfolgen. Dies sei zurückzuführen auf eine gewisse Sorglosigkeit und ein mangelndes Interesse der US-Militärs an den Folgen für Umwelt und Gesundheit. Außerdem hätten weder die amerikanische Militärführung noch die vietnamesischen Stellen genaue Protokolle angefertigt über die Einsätze. Die einen wollten, die anderen

⁶ 2002 gegründet, war es erst 4 Jahre später zum ersten Mal zusammengetreten.

konnten dies nicht leisten. Es gibt Einsatzpläne und graphische Darstellungen über die Flugrouten der Sprühflugzeuge, aber diese sind einmal sehr ungenau und entsprachen nicht immer den tatsächlichen Aktionen, zum Anderen wurden sie lange Zeit geheim gehalten. Außerdem kehrten nach dem Krieg viele Kämpfer der Befreiungsfront und Soldaten in ihre Heimat im Norden zurück und hatten ansteckende Krankheiten oder waren Träger von befallenem Erbmaterial. Deshalb ist man im Wesentlichen auf indirekte Beweismethoden angewiesen: Bodenpro-

ben, Untersuchungen von Blut und Kleidungsstücken, etc. Nach dem Krieg wurden solche Untersuchungen nur selten angestellt. Da sie nur in Vietnam selbst vorgenommen werden können, spielte hierbei der Umstand eine große Rolle, daß dort kein Geld und vor allem nicht die nötige Technologie (Labors, Geräte) zur Verfügung stand und steht, um solche Analysen zu machen. Von amerikanischer Seite spielte die Tatsache eine große Rolle, daß man „die politischen Implikationen der Ergebnisse solcher Analysen fürchtete“.

Auch wenn die Forschungen über den Einsatz von Agent Orange und anderen Herbiziden in Vietnam – und die darauf beruhende Berührung der Bevölkerung mit dem Gift – in ihrem Ausmaß sehr begrenzt sind, lassen sich doch einige vorläufige Folgerungen aus den bestehenden Untersuchungen ableiten. Zunächst läßt sich feststellen, daß weite Gebiete Südvietnams mit Agent Orange und anderen Herbiziden besprüht worden sind, was ein breites Spektrum an Kontamination mit Dioxin zur Folge hatte. Einige Regionen wurden mehrfach besprüht, andere nur einmal. Dann ist sicher, daß Millionen von Vietnamesen dem Gift direkt ausgesetzt waren zur Zeit der Aktion, weitere Millionen haben Kontakt mit Dioxin gehabt, das im Boden verblieben ist und im Schwemmland und Grund von Gewässern in Südvietnam enthalten ist.⁷ Drittens haben Untersuchungen im Blut und an Kleidungsstücken von vietnamesischen Bürgern, die dem Agent Orange direkt ausgesetzt waren, ergeben, daß dort höhere Werte an Dioxin gemessen werden konnten, als in dieser Region „normalerweise“ vorkommen. Aber methodologische Ungewißheiten machen die Interpretation dieser Daten schwierig und angreifbar. Viertens: Untersuchungen in Vietnam über gesundheitliche Langzeitfolgen des direkten, unterschiedlich intensiven Kontakts mit Dioxin sind nur beschränkt möglich. Weshalb es präkär ist, eine kausale Verbindung herzustellen zwischen dem Dioxinkontakt und einer großen Vielfalt von Gesundheitsproblemen bei Vietnamesen, auch wenn diese in ungewöhnlicher Häufigkeit auftreten.

Anschließend beschäftigt sich der Report mit der Geschichte des Agent Orange-Einsatzes in Vietnam, der eingesetzten Mengen und Konzentrate sowie

der daraus abzuleitenden Häufigkeit und Intensität der Kontakte. Es folgt ein Kapitel über Untersuchungen an Kleidung und Blut der Betroffenen und deren Er-

⁷ Dioxin ist nicht wasserlöslich, aber eine unbekannte Menge davon wurde in die Flüsse, Ströme und Küstengewässer geschwemmt und hat sich wahrscheinlich in den Flußbetten und an Stränden festgesetzt. (Anm. im Report)

gebnisse, die sowohl in Bezug auf die US-Veteranen als auch auf die vietnamesischen Opfer als widersprüchlich bezeichnet werden. Der Report enthält auch zwei Listen von vermuteten Krankheiten, die durch Agent Orange ausgelöst sein könnten, eine aus vietnamesischer Quelle (vietnamesisches Rotes Kreuz) und die des US-Department of Veterans. Erst in den letzten Jahren haben die vietnamesischen Experten auf die genetischen Folgen aufmerksam gemacht, die jetzt schon in dritter Generation auftreten: Totgeburten und schwere Mißbildungen und Behinderungen bei Kindern und Enkeln von AO-Opfern.

Ein eigenes Kapitel widmet der Report den „Anstrengungen zur Säuberung“ vor allem der hot spots. Da er nur den Beginn der Bemühungen um eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet darstellt und daher nicht aktuell ist, soll darauf in einem eigenen Beitrag im VNK eingegangen werden.

Dann beschäftigt sich der Report mit der Hilfe, die die Agent Orange-Opfer in Vietnam erhalten. Dabei erwähnt er erneut die angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Teilen der Regierung, genauer zwischen verschiedenen Ministerien in Hanoi. Dabei erfahren wir, daß es in Vietnam ein zentrales „Programm für die Zahlungen an Agent Orange-Opfer“ gibt. Alle anerkannten Opfer erhalten über diese Institution eine Art Rente, deren Höhe von verschiedenen Faktoren abhängt. Nach Informationen, die in Hanoi im Auftrag des CRS (Congressional Research Service) eingeholt wurden, beträgt die mo-

natliche Zahlung im Durchschnitt für Veteranen 1 Million Dong, für Nicht-Veteranen 240.000 Dong für das erste betroffene Mitglied einer Familie, 120.000 Dong für jedes weitere. Das Programm leistet auch denjenigen Familien Hilfe, in denen Betroffene gestorben sind. Es ist auch für nicht-finanzielle Hilfe zuständig, auf die betroffene Familien Anspruch haben, wie etwa kostenlose medizinische Versorgung. In Vietnam haben etwa 3 Millionen anerkannte Opferfamilien Anspruch auf diese Begünstigungen.

Außerdem hat die Regierung den „Agent Orange-Day“ als Feiertag eingeführt, der an jedem 10. August, dem Datum des Beginns der Sprühaktionen im Jahre 1961, begangen wird. Dabei werden – manchmal eine ganze Woche lang – Veranstaltungen organisiert, bei denen vor allem Geld gesammelt wird für die vielen Aktionen der nichtstaatlichen Hilfe. Presse und Medien berichten sehr ausgedehnt und tragen dazu bei, daß Spenden in großem Ausmaß zusammenkommen.

Der Bericht erwähnt auch die Klage der Opfer gegen amerikanische Chemiekonzerne die vom vietnamesischen Staat „unterstützt“ worden sei. Dies sei allerdings erst nach einigem Zögern und nur von Teilen der Regierung geschehen, weil man einen negativen Einfluß auf die vietnamesisch-amerikanischen Beziehungen befürchtete. Aber das Verteidigungsministerium habe die Klage unterstützt.⁸ Wie bekannt ist, wurde die Klage abgewiesen mit der Begründung, der Einsatz der Herbizide stelle kein Kriegsverbre-

⁸ Und mit ihm auch General Vo Nguyen Giap

chen dar, weil diese nicht als Gift gegen Menschen verwendet worden seien. Höhere Instanzen bestätigten das Urteil. Der Bericht erinnert daran, daß im Jahre 1979 eine ähnliche Klage der US-Veteranen zwar ebenfalls abgewiesen worden sei, man sich aber außergerichtlich auf eine freiwillige Entschädigungszahlung von 180 Mio. US-\$ geeinigt habe. Der Autor des Berichts vermutet, daß die vietnamesischen Opfer auf eine ähnliche Regelung gehofft haben.

Dann zählt der Report die vielen privaten Hilfsprojekte auf, die in Vietnam oder von anderen Ländern und Organisationen geleistet werden: Hilfe durch das vietnamesische Rote Kreuz, die VAVA, verschiedene Wohltätigkeitsveranstaltungen, die Friedensdörfer und

insbesondere die Ford-Stiftung. Innerhalb dieser Stiftung war schon 2006 eine spezielle Initiativgruppe Agent Orange geschaffen worden, die auch bei den Säuberungsaktionen der US-Regierung beteiligt ist. Weiterhin finden Erwähnung verschiedene Unterorganisationen der UNO und die Bill and Melinda Gates Stiftung.

Nach diesen eher informativen Teilen des Berichts werden zusammenfassend die „Implikationen für die bilateralen Beziehungen“, die sich aus der Agent Orange-Problematik ergeben, dargestellt. Daraus ergibt sich, daß die „Hilfe“ US-offizieller Stellen bei der Säuberung der hot spots zu einem großen Teil finanziell von Stiftungen getragen wird, die US-Regierung also dadurch viel Geld spart.

Einige Beobachter sind der Ansicht, daß die derzeit positive Einstellung der vietnamesischen Bevölkerung den Amerikanern gegenüber sich zum Negativen ändern könnte, wenn die US-Regierung sich als unsensibel oder unnachgiebig gegenüber den mit Agent Orange verbundenen Problemen zeigt.

Für die US-Regierung war in der Vergangenheit die Politik geprägt von der Ablehnung jeglicher Verantwortung für die Gesundheitsfolgen von Agent Orange/Dioxin, während sie allenfalls bereit war, einige Anstrengungen zur Hilfe bei der Untersuchung, Eindämmung und Säuberung von mit Agent Orange verbundenen Dioxinvorkommen in Vietnam zu machen. Dieser Politik gemäß waren die USA nicht bereit, medizinische oder finanzielle Hilfe zu leisten für Programme, die speziell für „angebliche“ Agent Orange-Opfer bestimmt waren.

In der Gegenwart sind sich beide Regierungen anscheinend einig darin und begrüßen es, daß Hilfe bei der Untersuchung, Eindämmung und Säuberung des Dioxins in den hot spots geleistet wird. Aber wenn man das bisherige Tempo bei der Zahlung der Hilfsgelder berücksichtigt, kann es noch mehrere weitere Jahre dauern, bis die wichtigsten hot spots behoben sind.

Es ist möglich, daß die öffentliche Aufmerksamkeit sich auf die Sorge für die betroffenen Menschen verlagert, wenn erst einmal diese Säuberungsaktionen abgeschlossen sein werden. Das kann aber das Risiko bilateraler Spannungen mit sich bringen. Die vietnamesische Regierung würde mehr soziale Hilfe für behinderte Menschen begrüßen, die als Opfer von Agent Orange gelten. Die Regierung und die Menschen in Vietnam sehen Widersprüche zwi-

schen dem Widerwillen der US-Regierung, den vietnamesischen Opfern Hilfe zukommen zu lassen auf der einen und der großzügigen Hilfe auf der anderen Seite, die die US-Veteranen erhalten, wenn sie auf die Ursache ihrer Leiden, Agent Orange, verweisen.

Denn US-Vietnamveteranen werden automatisch in vielfältiger Weise gefördert, wenn auch nur vermutet wird, daß sie dem Agent Orange ausgesetzt gewesen sind. Und trotzdem behauptet die US-Regierung nach wie vor, es gebe nicht genügend Beweise dafür, daß die gesundheitlichen Schäden von Vietnamesen eine Folge ihres Kontakts mit Agent Orange seien. (...) Diese offensichtlichen Widersprüche der US-Politik könnten in der Zukunft Probleme in den bilateralen Beziehungen schaffen.

Auf der anderen Seite gibt es in den USA die Befürchtung, daß es unabsehbare Folgen haben könnte, wenn die Regierung auch nur den Schein erwecke, daß sie irgend eine legale oder moralische Verantwortung übernehmen würde. Diese Angst bezieht sich nicht nur auf weitere gerichtliche Auseinandersetzungen mit den vietnamesischen Opfern, sondern auch auf rechtliche Folgen für zukünftige von den USA geführte Kriege. (29/30)

Abschließend erwägt der Bericht mögliche Konsequenzen und Optionen für den Kongreß. Zunächst müsse dieser an den bereits laufenden Hilfsmaßnahmen anknüpfen. Dabei wird deutlich, daß das Säuberungsprojekt für Hoa Binh offenbar trotz der Bewilligung der Gelder von 6 Mio. US-\$ bis 2009 kaum vorwärts gekommen ist. Der Kongreß müsse sein Recht ausüben, von der ausführenden Organisation USAID genaue Informationen über die Fortschritte zu verlangen. Aber dieses Projekt sei ja auch schon eine Hilfe bei der Dioxin-Beseitigung. Damit wäre es nur eine quantitative Ausweitung und keine neue Art von Hilfe, wenn man die Unterstützung im Gesundheitswesen um diese Fälle erweitern würde. In beiden Fällen sei als Grundlage und Anlaß zu betonen, daß diese Aufgabe die Möglichkeiten der vietnamesischen Regierung sowohl finanziell, als auch angesichts ihrer technischen Möglichkeiten und wissenschaftlichen Fähigkeiten weit übersteigen.

Hilfe speziell für Agent Orange-Opfer erscheine auch deshalb nach wie vor problematisch, weil auch aus Laos und Kambodscha ähnliche Forderungen erhoben werden könnten. Um solche Schwierigkeiten zu vermeiden, könne man nach dem Muster der Hilfe für Opfer von Landminen oder HIV- und AIDS-Betroffene vorgehen. Diese bereits funktionierenden Programme berühren nicht die Frage der Verantwortlichkeit. Dies wäre auch dann der Fall, wenn sie sich auf technische Aspekte und Ausrüstungen konzentriert wie z.B. die Schaffung eines Geburtenregisters zur Erforschung von Mißbildungen und ihrer Häufigkeit. Auch könnten wissenschaftliche Forschungen in Vietnam ganz allgemein gefördert werden, die das Vorkommen, die Beseitigung und die Folgen einschließlich ihrer Bekämpfung des Dioxins betreffen.

Der Report schließt mit einer Wiederholung und Ausformulierung seiner Hauptthese:

Ein möglicher Nutzen einer verständnisvolleren Politik in der Agent Orange-Frage könnte die Stärkung der USA als „soft power“ in Südostasien sein. Für einige Beobachter wird der globale Einfluß der USA durch China (und andre Nationen) dadurch in Frage gestellt, daß sie mit nicht-militärischen Mitteln (soft power) andere Nationen beeinflussen, politische Entscheidungen zu treffen oder Haltungen zu begünstigen, die mit den Zielen und Absichten derjenigen Nation übereinstimmen, die eine solche Politik betreiben. Es wurde verschiedentlich davon ausgegangen, daß die amerikanischen militärischen Interventionen in Afghanistan und Irak das globale Image der USA untergraben hätten, und daß diese, um ihr Image wieder herzustellen, sich häufiger aktiv der Methoden der „soft power“ bedienen sollten, etwa in Vietnam durch humanitäre Hilfe bei der Beseitigung von Kriegsfolgen. Dazu kommt, daß die Beziehungen zwischen Vietnam und China seit 1975 zunächst kühl bis feindlich waren, daß aber China sich in letzter Zeit bemüht, etwas freundlichere Kontakte mit seinen Nachbarn aufzubauen. Eine deutlich intensivere Unterstützung für die vietnamesischen Agent Orange-„Opfer“ könnte die Beziehungen zwischen Vietnam und den USA stärken und Vietnam dazu ermutigen, den USA ein starker Partner zu sein auch auf diplomatischen und strategischen Gebieten.

Der Autor dieses Reports ist anscheinend der Ansicht, daß nur moralische Argumente bei den Mitgliedern des Kongresses, an die er sich wendet, nicht überzeugend genug wären. Also versucht er, auch andere Gründe aufzuführen, ja, sie in den Vordergrund zu stellen, die ein „moralischeres“ Verhalten den Opfern gegenüber rechtfertigen könnten. Dem liegt wohl die Erkenntnis zugrunde, daß Politiker grundsätzlich niemals moralisch, sondern stets nur politisch-taktisch denken und zu „moralisch“ korrekten Entscheidungen nur gebracht werden können, wenn diese auch einen politischen taktischen oder strategischen Nutzen versprechen.

Das erklärt auch die geringen Erfolgsaussichten öffentlicher Appelle, was gerade im Zusammenhang mit den Agent Orange-Opfern eine ständige Erfahrung derjenigen ist, die „Gerechtigkeit“ für sie verlangen. Also nimmt der Autor dieses Berichts an vielen Stellen auch die

Position derjenigen ein, die er überzeugen will, so etwa wenn er „Opfer“ in distanzierende Anführungsstriche setzt. Sein Verdienst, die Diskussion aus ihrer antikommunistisch-ideologischen Fessel befreit zu haben, bedeutet also nicht, daß er sie auch auf eine moralische Ebene gehoben hätte. Die Frage, ob er dabei eigene Überzeugungen hintangestellt hat oder ob auch er nur ein interessen geleiteter Politiker ist, ist eigentlich unerheblich. Denn dieser Report ist auch ein Beleg dafür, daß wir in einer Welt leben, in der die Menschen die Politiker immer noch dazu zwingen können, von Moral wenigstens zu reden – eine Grundhaltung, die die Bush-Ära in den USA dabei war, abzuschaffen, was erst unter dem neuen Präsidenten deutlich geworden ist. Aber den Agent Orange-Opfern kann es egal sein, ob die US-Regierung ihnen aus Überzeugung, also schlechtem Gewissen, oder aus politischem Kalkül hilft. gg